

Entwurf: Stand 06.02.2024



BUND-Forderungskatalog: Die Kommunalwahl 2024 als Chance nutzen!

Inhaltsverzeichnis

.....	2
Vorbemerkungen.....	5
1. Biodiversität in der Kommune	6
1. Insektenfreundliches Grün fördern	6
2. Lichtverschmutzung reduzieren	6
3. Biotopverbund ausbauen!	6
4. Stillgewässer für Amphibien und das Klima	7
5. Streuobstförderprogramm etablieren	7
6. Natur- und Artenschutz von Anfang an beteiligen!	8
7. Gebietsheimisches Saat- und Pflanzgut verwenden	8
8. Kommunales Entsiegelungsprogramm.....	8
9. Änderung kommunaler Friedhofssatzungen zur Förderung biologischer Vielfalt	9
10. Ausgleich bei Eingriffen in die Natur.....	9
11. Katzenschutzverordnung erlassen!	9
2. Wald- und Agrarwende in der Kommune	11
1. Pestizidfreie Äcker	11
2. Refugialflächen in der Landwirtschaft.....	11
3. Günstige/kostenfreie Grünlandpacht bei artenreichem Grünland und extensiver Beweidung.....	11
4. Vorrangige Verpachtung an Biobetriebe	12
5. Förderung von Neuanlage für Agroforstwirtschaft?	12
6. Nachhaltige Waldbewirtschaftung einführen.....	13
7. Habitatbaumgruppen im Wald schützen!.....	13
8. Großschmetterlinge fördern	14
9. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in forstliche Planungen einbeziehen	14
10. Waldzertifizierung einführen	15
11. Wegeinfrastruktur im Wald auf ein naturverträgliches Niveau senken	15
12. Kommunale Schnittgutabholung bzw. ausreichend Häckselplätze	16
13. Bestandsschutz für Höhlen- und Totholzbäume.....	16
14. Wald als Wasserspeicher	16
3. Strom- und Wärmewende in der Kommune.....	18
1. Bürgermeister für Klima und Umweltschutz	18
2. Klimabeirat gründen	18
3. Wärmeplanung konsequent erstellen und umsetzen	18

4.	Aktivierung und Information für die Wärmewende	19
5.	Ausbau von Photovoltaik auf Rand- und Restflächen	20
6.	PV auf jedes kommunale Dach!.....	20
7.	schnelle und hochwertige energetische Sanierung kommunaler Gebäude	20
8.	Energetische Auflagen für Neubaugebiete	21
9.	Stadtwerke raus aus fossilen Lobbyverbänden	21
10.	Förderung von PV-Selbstbauprojekten und Balkonkraftwerken	22
4.	Mobilitätswende in der Kommune	23
1.	Einführung Mobilitätspass	23
2.	Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung	23
3.	"Lebenswerte Quartiere"	24
4.	(Er-)lebenswerte Innenstadt.....	24
5.	Kommunale Konzepte zur Stärkung des Umweltverbundes	24
6.	Baum statt Stellplatz.....	25
7.	Park statt Parkplatz.....	25
8.	Flächendeckend Tempo 30 innerorts.....	25
9.	Fahrradabstellanlagen ausbauen	26
5.	Stadtentwicklung, wohnen und Flächenverbrauch.....	27
1.	Eingriffe in die Natur vermeiden!	27
2.	Innen- vor Außenentwicklung	27
3.	Netto Null Flächenverbrauch	28
4.	Strategische Bodenvorratspolitik	28
5.	Nachverdichtung 3.0 - dreifache Innenentwicklung?.....	28
6.	Nachverdichtung fördern (insbes. Aufstockung).....	29
7.	Frisch- bzw. Kaltluftschneisen sichern.....	30
8.	CO ₂ -Schattenpreis bei kommunalen Bauvorhaben.....	30
9.	Leerstand beleben statt Fläche versiegeln! Leerstandkataster und Zweckentfremdungsverbot	30
10.	Sozialen & altersgerechten Wohnraum fördern	31
11.	Abrissmoratorium: Erhalt und Sanierung von Bestandsgebäuden vor Abriss	31
6.	Klimaanpassung bzw. Grün und Wasser in der Kommune	33
1.	Stadtbäume- schützen, erhalten und nachpflanzen!	33
2.	Schwammstadt umsetzen	34
3.	Klimaanpassungskonzept erstellen	34
4.	Konzept gegen Wasserknappheit	34
5.	Hochwassermanagementkonzept erstellen	35

6.	Tröpfchenbewässerung einführen	35
7.	Schottergärtenverbot umsetzen	36
8.	Gewässerschauen als kommunale Bringschuld (alle 5 Jahre)	36
9.	Förderprogramm und Satzung zu Verpflichtung von Dach- und Fassadenbegrünung	36
10.	Alles im Fluss	37
7.	Fairtrade, lokale Agenda und Suffizienz in der Kommune	38
1.	Regenwasser- bzw. Abwassergebühren anheben	38
2.	Sozialtarife für energetischen Sockelverbrauch	38
3.	Regionales und saisonales Bioessen in öffentlichen Kantinen	39
4.	Recyclingpapier-Quote	39
5.	Fairtrade-Kommune	39
6.	Silvesterfeuerwerk	40
7.	Foodsharing-Kommune	40
8.	Themespeicher für weiter nicht konkretisierte Forderungen	41
1.	Umwelt- und Naturschutzbildung fördern	41
2.	Priorisierung und Budgetverteilung für Klima- und Artenschutzmaßnahmen im Kommunalhaushalt	41
3.	Nachhaltigkeit als Grundprinzip kommunalen Handelns einführen	41
4.	Intersektionale Ebene und soziale Einflüsse prüfen und einbeziehen	41

Vorbemerkungen

Dieser Forderungskatlog ist kein verbindliches BUND-Kommunalwahl-Programm. Es ist auch keine Analyse der momentanen politischen Situation und keine Anleitung für die dringend nötige sozialökologische Transformation unserer Gesellschaft. Es ist – nicht mehr und nicht weniger - eine Ideen-Sammlung von kommunalpolitischen Forderungen bzw. Maßnahmen aus dem Natur- und Umweltschutzbereich. Es handelt sich dabei um keinen abgeschlossenen Prozess, sondern um ein Dokument in Arbeit. Feedback ist jederzeit willkommen und kann gerne an hannes.rockenbauch@bund.net gesendet werden.

Dieser Katalog soll dazu dienen, kommunalpolitisch aktiven BUNDler*innen Hinweise zu liefern, wie sie sich inhaltlich in den Kommunalwahlkampf vor Ort einbringen können. Natürlich müssen diese Forderungen auf die konkrete Situation in der eigenen Kommune übertragen und angepasst werden. Nicht überall wird alles gleich passen oder gleich relevant sein.

Die hier wiedergegebenen Informationen sind gesammelte Ideen aus unseren landesweiten Fach-AGs und dem Kommunalpolitischen Forum des BUND auf Landesebene. Angereichert wurde das Ganze mit dem Wissen der BUND-Fachreferent*innen. Daraus resultiert, dass die meisten Ideen im Kern Natur- und Umweltthemen sind. Natürlich spielen andere Aspekte wie zum Beispiel soziale, intersektionale und internationale Gerechtigkeit auch und gerade in der momentanen politischen Situation eine sehr wichtige Rolle bei den kommenden Wahlen. Sie sind aber nicht der Schwerpunkt dieses BUND-Katalogs.

Veränderung passiert nicht! Sie wird gemacht!

Wir hoffen, dieser Katalog ist eine gute Hilfestellung und macht es Ihnen leichter, sich bei der kommenden Kommunalwahl inhaltlich einzumischen. Gerade in den momentanen Zeiten ist es unabdingbar, für Natur und Umweltschutz in unseren Kommunen Partei zu ergreifen. Lassen Sie uns gemeinsam bei den kommenden Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 damit beginnen – oder unser Engagement dann fortsetzen.

„Leseanleitung“:

Die einzelnen Themen können unabhängig voneinander gelesen werden, das Inhaltsverzeichnis bietet dazu gute Orientierung. Durch Mausklick auf das für Sie interessante Thema im Inhaltsverzeichnis werden Sie direkt in`s Dokument übergeleitet.

1. Biodiversität in der Kommune

1. Insektenfreundliches Grün fördern

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Kommunen ihre Grünflächen insektenfreundlich anlegen und pflegen, sowie entsprechende Empfehlungen abgeben bzw. Förderprogramme für Privatpersonen aufstellen?

Begründung:

Umsetzung §2 NatSchG, wir befinden uns inmitten der Biodiversitätskrise, jede*r trägt Verantwortung bzw. kann einen Teil beitragen (Siehe auch BUNDWerkzeug zum Biodiv-Gesetz (Verlinkung?))

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

2. Lichtverschmutzung reduzieren

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Beleuchtung von städtischen Gebäuden und öffentlichem Raum grundsätzlich vermieden werden sollte und, falls dies nicht möglich ist, grundsätzlich auf den Einsatz von insektenverträglicher Beleuchtung zu achten?

Begründung:

Umsetzung §21 NatSchG, zahlreiche negative Auswirkungen auf Menschen und Tiere durch Lichtverschmutzung belegt, vor allem Insekten sterben in Massen an schlechten Leuchten, Energie- und Kostenersparnis (Siehe auch BUNDWerkzeug zum Biodiv-Gesetz)

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

3. Biotopverbund ausbauen!

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass die Kommune Biotopverbund-Planungen beauftragt und zeitnah umsetzt?

Begründung:

Die Zerschneidung und Verinselung von Lebensräumen gehört zu den größten Bedrohungen für die Artenvielfalt. Neben Straßen und Siedlungen trennen monotone Agrarflächen die Lebensräume von Tieren und Pflanzen. Baden-

Württemberg gehört weltweit zu den Regionen mit den meisten Straßen- und Autobahnkilometern je Flächeneinheit. Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, den Biotopverbund umzusetzen und zu sichern. Außerdem: Jetzt vorhandene Fördermittel des Landes jetzt wahrnehmen. (Siehe auch BUNDWerkzeug zum Biodiv-Gesetz)

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

4. Stillgewässer für Amphibien und das Klima

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass die Kommune Stillgewässer auf kommunalen Flächen in Wald und Offenland umgehend saniert bzw. neu anlegt und langfristig pflegt?

Begründung:

Rückgang von nahezu allen heimischen Amphibienarten, darunter auch ehemals häufige wie Erdkröte und Grasfrosch. Kommunale Stillgewässer sind oft wichtige Laichhabitats.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

5. Streuobstförderprogramm etablieren

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass die Kommune eine*n Streuobstbeauftragte*n ernannt und ein auskömmliches Förderprogramm auflegt, das Anreize zur Pflege und Nachpflanzung von Streuobstbeständen gibt?

Begründung:

Bestände sind oft lückenhaft und wenig gepflegt, Mistelproblem etc., oder werden überbaut

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

6. Natur- und Artenschutz von Anfang an beteiligen!

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass sich Ihre Gemeinde selbstverpflichtet, bei Planungen frühzeitig auf die Naturschutzbehörde und die Umweltverbänden zuzugehen?

Begründung:

Frühzeitige Beteiligung erlaubt gemeinsame Problemlösung bzw. Planung. Dafür wird später bei Stellungnahmen und rechtlichen Auseinandersetzungen Zeit eingespart.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

7. Gebietsheimisches Saat- und Pflanzgut verwenden

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass auf öffentlichen (und eigentlich auch privaten) Grünflächen ausschließlich gebietsheimisches Saat- und Pflanzgut verwendet wird?

Begründung:

Gesetzliche Vorgabe §40 BNatSchG für Außenbereich, heimische Insektenarten sind an heimische Pflanzenarten angepasst und brauchen diese zum Überleben.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

8. Kommunales Entsiegelungsprogramm

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune einen Fond zur Entsiegelung aller nicht betriebsnotwendig versiegelten kommunalen Flächen auflegt?

Begründung:

Viele kommunale Flächen, z.B. Schulhofe oder Plätze, sind unnötigerweise versiegelt. Das soll sich durch finanzielle Anreize für Entsiegelung ändern. Damit nimmt die Kommune auch ihre Vorbildrolle wahr.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

9. Änderung kommunaler Friedhofssatzungen zur Förderung biologischer Vielfalt

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, in die Friedhofssatzungen Empfehlungen aufzunehmen, heimische und insektenfreundliche Pflanzenarten bei der Grabgestaltung zu verwenden?

Begründung:

Urbane Grünflächen wie Friedhöfe können wertvolle Ersatzlebensräumen werden. Menschen sollen motiviert werden, sich auf zu pflegenden Grabflächen und in privaten Gärten für die biologische Vielfalt einzusetzen.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

10. Ausgleich bei Eingriffen in die Natur

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune sich selbstverpflichtet, alle (auch historische) Kompensationsmaßnahmen in einem öffentlich einsehbaren Kataster transparent zu machen? Sind Sie außerdem dafür, dass Ihre Kommune die Umsetzung, Unterhaltung und das Monitoring der Maßnahmen fachkundig begleitet und ggf. voranbringt?

Begründung:

Korrekte und vorbildliche Umsetzung der Eingriffsregelung (BNatSchG) sowie des BauGB und §18 NatSchG; seit Jahrzehnten bekannte Defizite auch in der Unterhaltung der Maßnahmen müssen behoben werden. Ein erster wichtiger Schritt wäre es, wenn die Kommune ihre Kompensationsmaßnahmen (auch die historischen) öffentlich kartiert.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

11. Katzenschutzverordnung erlassen!

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass ihre Kommune aus Tier- und Artenschutzgründen eine Katzenschutzverordnung erlässt?

Begründung:

In vielen Kommunen gibt es mehrere große wildlebende Katzenpopulationen, was sowohl aus Tierschutzgründen als auch für die Vogel- und Reptilienpopulation und Wildkatzen problematisch ist. Grund dafür ist die fehlende (Umsetzung der) Katzenschutzverordnung, die unter anderem die Kastration von Hauskatzen vorschreibt. Das Land stellt eine Musterverordnung zur Verfügung

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

2. Wald- und Agrarwende in der Kommune

1. Pestizidfreie Äcker

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass bei Neuabschlüssen von landwirtschaftlichen Pachtverträgen auf kommunalen Flächen eine pestizidfreie Bewirtschaftung festgeschrieben wird?

Begründung:

Weniger Pestizide und damit weniger Belastung für Natur und menschliche Gesundheit.

Zeitschiene:

Je nach Laufzeit der aktuellen Pachtverträge umsetzbar. Bei Neuabschlüssen sofort.

2. Refugialflächen in der Landwirtschaft

Forderung/Frage:

Mindestanteil von 10% Refugialflächen nach §17LLG in neuen Pachtverträgen festlegen.

Begründung:

Lebensraumverluste sind eine der Hauptursachen der Biodiversitätskrise; mehr Strukturvielfalt, Lebens- und Rückzugsräume für bedrohte Arten sind essentiell, Gesetzliches Ziel des Landes: 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche sollen zu Refugialflächen werden.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

3. Günstige/kostenfreie Grünlandpacht bei artenreichem Grünland und extensiver Beweidung

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Gemeinde durch ökonomische Anreize kommunale Flächen in einer biodiversitätsfördernden Bewirtschaftung hält?

Begründung:

Artenreiches Grünland wie extensive Weiden oder FFH-Mähwiesen bringen erheblichen Artenreichtum hervor. Diese Gemeinwohlleistung soll von der Gemeinde durch vergünstigte oder kostenfreie Pacht unterstützt werden.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar bei Neuverpachtung.

4. Vorrangige Verpachtung an Biobetriebe

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ihre landwirtschaftlichen Flächen vorrangig an Biobetriebe verpachtet?

Begründung:

Zum Schutz der Artenvielfalt ist eine Landwirtschaft, die auf Gentechnikfreiheit setzt und auf Pestizide verzichtet, der konventionellen Landwirtschaft vorzuziehen. Deswegen ist es wichtig, dass die Kommune bei Neuverpachtung ihrer landwirtschaftlichen Flächen vorrangig Betriebe aus der Biolandwirtschaft berücksichtigt.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

5. Förderung von Neuanlage für Agroforstwirtschaft?

Forderung/Frage:

Sind sie dafür, dass Ihre Gemeinde ein Konzept und eine Förderung zur Neuanlage von Agroforstwirtschaft erstellt?

Begründung:

Agroforstwirtschaft gehört zu den effektivsten Methoden in der Landwirtschaft für Klimaschutz und Klimaanpassung. Richtig in die Landwirtschaft eingepflegt, beeinträchtigen Bäume den landwirtschaftlichen Ertrag kaum (5-10 %). Im Gegenzug liefern sie Holz und speichern darin und in tiefgründigem Humus CO₂. Bäume verbessern das lokale Klima, sie steigern die

Wasseraufnahme, Wasserspeicherung und Biodiversität. Über ein Bundesgesetz wird die Beibehaltung der Agroforstwirtschaft seit 2021 gefördert. Diese Förderung allein ist allerdings nicht ausreichend dotiert und umfasst nicht die Investitionskosten für die Neuanlage von Agroforstsystemen. Diese Förderlücke kann die Kommune mit einem eigenen Förderprogramm füllen.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

6. Nachhaltige Waldbewirtschaftung einführen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass der Gemeinderat eine nachhaltige Bewirtschaftung des Kommunalwaldes mit definierten Zielen (10% Prozessschutzflächen, Totholz, Einschlagsmengen, etc.) beschließt?

Begründung:

An Örtlichkeiten angepasste Möglichkeiten der Forstwirtschaft ausschöpfen, um Biodiversität zu sichern(bzw. deren bisheriger Unterlassung abhelfen). Nach einem entsprechenden Beschluss des Gemeinderates ist auf eine Implementierung der Maßnahme in der Forsteinrichtung zu achten.

Zeitschiene:

Konzeptbeschluss kurzfristig. Umsetzung der Konzeption mittel- bis langfristig umsetzbar.

7. Habitatbaumgruppen im Wald schützen!

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ein Alt- und Totholz-Konzept für Kommunalwälder aufstellt und umsetzt?

Begründung:

Lebensraumverluste sind eine der Hauptursachen der Biodiversitätskrise; mehr Strukturvielfalt, Lebens- und Rückzugsräume für bedrohte Arten sind auch im Wald essentiell. Alternativ könnte durch Ausweisung von mindestens 10% Prozessschutzflächen Schutzräume geschaffen werden.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

8. Großschmetterlinge fördern

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Gemeinde Weichhölzer wie Weiden und bestimmte Pappelarten im Kommunalwald fördert?

Begründung:

Sehr viele Insekten, darunter auch Großschmetterlinge wie Schillerfalter und Eisvogel, sind auf Weichhölzer angewiesen. Die Baumarten sollten deshalb im Wald Platz finden, auch wenn sie holzwirtschaftlich unbedeutend sind.

Zeitschiene:

Beschluss kurzfristig möglich. Wirkung mittelfristig.

9. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in forstliche Planungen einbeziehen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu Prioritäten der Forsteinrichtung im Kommunalwald einführt?

Begründung:

Bürger*innen müssen zumindest bei den 10-jährigen Forsteinrichtungen dazu beteiligt werden, welche Schwerpunkte im Kommunal- bzw. Gemeindewald gesetzt werden sollen (Holzernte, Erholung, Naturschutz). Ein mögliches Instrument ist die Einrichtung eines kommunalen Waldbeirates mit allen beteiligten Stakeholdern.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

10. Waldzertifizierung einführen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass ihre Kommune eine FSC- oder Naturland-Zertifizierung im Kommunalwald einführt?

Begründung:

Bestehende Zertifizierungen sind etablierte Erzeugungs- und Vermarktungswerkzeuge mit ökologischen Mindeststandards. Nach einem entsprechenden Beschluss des Gemeinderates ist auf eine Implementierung der Maßnahme in der Forsteinrichtung zu achten.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

11. Wegeinfrastruktur im Wald auf ein naturverträgliches Niveau senken.

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune die Freizeitnutzung im Kommunalwald auf ein naturverträgliches Maß, z.B. durch Nutzungszwang für legale Mountainbike-Trails und den Rückbau von Waldwegen, eindämmt?

Begründung:

Stadtwälder stehen unter einem hohen Nutzungsdruck durch forstliche Aktivitäten und Freizeitnutzung. Das hat Auswirkungen sowohl auf Pflanzen als auch auf die Tiere, die dort ihren Lebensraum haben. Ein Rückbau forstwirtschaftlich nicht nötiger Wege im sehr dichten Wegenetz würde dem abhelfen und gleichzeitig den Erhaltungsaufwand für das Forstamt reduzieren. Dringend eingeschränkt werden müssen die ökologisch oft problematischen illegalen Mountainbike-Trails, die die Tier- und Pflanzenwelt des Waldes belasten und zu bedeutender Erosion führen können. Alternativ könnten legale Trails ausgewiesen werden, um den Freizeitverkehr hier zu bündeln.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

12. Kommunale Schnittgutabholung bzw. ausreichend Häckselplätze

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass ihre Kommune die Pflege und Bewirtschaftung von z.B. Streuobstwiesen dadurch unterstützt, dass sie regelmäßige Schnittgutabholung und ausreichend Häckselplätze anbietet?

Begründung:

Besonders Streuobstwiesen werden in den letzten Jahren zunehmend weniger gepflegt und die Bäume sterben letztlich ab. Regelmäßiger Baumschnitt erhöht die Lebensdauer der Bäume und die Wirtschaftlichkeit. Die Abholung des Schnittguts von Obstbäumen verringert den Aufwand der Pflegemaßnahme.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

13. Bestandsschutz für Höhlen- und Totholzbäume

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Bäume mit Höhlen und abgestorbene Bäume im Wald Bestandsschutz erhalten?

Begründung:

Baumhöhlen und Totholzbäume (stehendes und liegendes Totholz) sind wertvolle Lebensräume für viele, u.a. auch streng geschützte, Tierarten wie Fledermäuse, Hohltauben und Spechte.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

14. Wald als Wasserspeicher

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass die kommunalen Waldflächen besser für den Hochwasserschutz und zur Wasserspeicherung in Trockenzeiten vorbereitet werden?

Begründung:

Je nach Kommune macht der Kommunalwald einen erheblichen Flächenanteil der Gemarkung aus. Durch verschiedene Maßnahmen (z.B. Rückbau von Wegeinfrastruktur, Anlage von Retentionsmulden, Rückbau alter Entwässerungsgräben) können Wälder maßgeblich dazu beitragen, Hochwasserspitzen durch Starkregenereignisse zu kappen und Wasser besser zu speichern. Dadurch sind Wälder besser für Trocken- und Hitzephasen gewappnet.

Zeitschiene:

Je nach konkreter Maßnahme kurz- bis mittelfristig.

3. Strom- und Wärmewende in der Kommune

1. Bürgermeister für Klima und Umweltschutz

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass i Ihre Kommune ein gut ausgestattetes Referat für Klima- und Umweltschutz einrichtet, z.B. als Stabsstelle des/der Oberbürgermeister*in.?

Begründung:

Durch klare Zuordnung von Klima- und Umweltschutz als Stabstelle werden Klima- und Umweltschutz zur Chefsache in der kommunalen Verwaltung.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

2. Klimabeirat gründen

Forderung/Frage:

Die Kommune gründet einen Klimabeirat und lässt sich von diesem beraten

Begründung:

In der Bevölkerung befindet sich enormes Wissen. Je nach Besetzung eines Klimabeirats kann dieser, wenn er aus Zufallsbürger*innen besteht, zur Konsensbildung beitragen oder, wenn er aus Fachleuten besteht, eine Beratung auf hohem fachlichem Niveau sicherstellen.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

3. Wärmeplanung konsequent erstellen und umsetzen

Forderung/Frage:

Sind sie dafür, dass Ihre Kommune rasch einen verbindlichen Wärmeplan erstellt und diesen konsequent umsetzt?

Begründung:

Die kommunale Wärmeplanung ist der Schlüssel für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2040. Kommunen über 20.000 Einwohner*innen waren in Baden-Württemberg schon bis Ende 2023 zu einer kommunalen Wärmeplanung verpflichtet. Kleinere Kommunen müssen laut Bundesrecht bis 30.6.2028 einen Wärmeplan erstellen. Eine Überführung in Landesrecht steht noch aus. Kommunen können Wärmepläne allein oder im Konvoi mit anderen Kommunen erstellen und werden dabei vom Land Baden-Württemberg unterstützt.

Elemente der Umsetzung:

- Planung aller Maßnahmen bis zum Jahr 2040, um Planungssicherheit zu gewährleisten (nicht nur 5 Projekte in 5 Jahren)
- Ausweisung von Wärmenetzgebieten
- Erarbeitung eines nicht-rechtsverbindlichen Gasstilllegungskonzepts
- Erweiterung des Planungsrahmens:
- Erstellung von landkreisweiten (Kreistage) und regionalen (Regionalverbände) Klimaschutzkonzepten mit Wärmeplanung

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

4. Aktivierung und Information für die Wärmewende

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ein energetisches Quartiersmanagement in allen Stadtteilen etabliert?

Begründung:

Die Wärmewende greift massiv in einen privaten Bereich ein. Umso wichtiger ist die Akzeptanz und Mitarbeit der Bevölkerung. Dies funktioniert am besten durch eine aufsuchende Beratung in den Quartieren. Sie kann bestenfalls so weit gehen, dass eine schnelle Sanierung durch Koordination von Handwerksbetrieben oder durch Automatisierung im Rahmen einer seriellen Sanierung erreicht wird.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

5. Ausbau von Photovoltaik auf Rand- und Restflächen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass in Ihrer Kommune die Eignung aller Flächen entlang von Verkehrswegen (inkl. Lärmschutzwänden), an Böschungen und von Parkplätzen darauf überprüft, ob sie sich -- auch unter Naturschutzgesichtspunkten -für Photovoltaik eignen würden? Sind Sie ebenfalls dafür, dass die Kommune diese Projekte anstößt oder selbst realisiert?

Begründung:

Viele Rand- und Restflächen sind ungenutzt und würden sich für eine schnellen Ausbau von Photovoltaik eignen.

Zeitschiene:

kurz- bis mittelfristig umsetzbar.

6. PV auf jedes kommunale Dach!

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune bis zum Jahr 2028 auf jedem ihrer Dächer eine PV-Anlage installiert?

Begründung:

Noch sind viele Dächer nicht mit PV-Modulen belegt. Abhilfe: Die Kommune sichtet deshalb zentral alle Dächer, definiert vorbereitende Maßnahmen und organisiert durch einen Großauftrag eine schnelle und kostengünstige Realisierung. So kommt die Kommune ihrer Vorbildfunktion nach und motiviert Privatpersonen zum Nachmachen.

Zeitschiene:

Kurz- bis mittelfristig umsetzbar.

7. schnelle und hochwertige energetische Sanierung kommunaler Gebäude

Forderung/Frage:

Sind sie dafür, dass Ihre Kommune mit gutem Beispiel voran geht und möglichst alle ihre Gebäude bis spätestens 2030 auf den Energiestandard KfW 55 bringt?

Begründung:

Im Schnitt muss laut Studienlage der Gebäudebestand bis zum Jahr 2040 den Energiestandard KfW 55 erreichen. Weg dorthin: Die Kommune geht mit gutem Beispiel voran und setzt sich das Ziel, ihre eigenen Gebäude schon bis zum Jahr 2030 auf KfW55 Standard saniert zu haben. Sie informiert außerdem die Bevölkerung über die Umsetzungsschritte.

Zeitschiene:

Mittel- bis langfristig umsetzbar

8. Energetische Auflagen für Neubaugebiete

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune für alle Neubaugebiete eine hohe Dichte und mindestens Energiestandard KfW 40 vorschreibt?

Begründung:

Wenn überhaupt noch Neubaugebiete entstehen sollen oder das Neubaugebiet auf Konversionsflächen ausgewiesen wird, muss die Bebauung in hoher energetischer Qualität stattfinden. Hierzu gehört, dass nur der maximal notwendige Raum belegt wird und die Gebäude einen hohen Energiestandard erreichen. Kommunen können dies durch Auflagen, entweder in Kaufverträgen oder durch Erbpacht, erreichen, wobei letztere der Bodenspekulation entgegenwirkt.

Zeitschiene:

ab sofort umsetzbar.

9. Stadtwerke raus aus fossilen Lobbyverbänden

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass die Stadtwerke Ihrer Kommune im Falle einer Mitgliedschaft den Lobbyverband "Zukunft Gas" verlassen?

Begründung:

Eine Recherche von LobbyControl(<https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/gaslobby-wie-zukunft-gas-die-stadtwerke-einspannt-109387/>) hat aufgedeckt, dass viele kommunale Stadtwerke in Deutschland Mitglied im Lobbyverband "Zukunft Gas" sind. Die Gaslobby versucht auch hier ganz klar, den Übergang zu erneuerbaren Energien zu verzögern und schädliches fossiles Gas als grüne Alternative zu anderen fossilen Brennstoffen zu präsentieren, um Rekordprofite zu schützen.

Zeitschiene:

sofort umsetzbar.

10. Förderung von PV-Selbstbauprojekten und Balkonkraftwerken

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune die Zivilgesellschaft via Stadtwerke und/oder ein kommunales Förderprogramm dabei unterstützt, Photovoltaikanlagen in Selbstbau und Balkonkraftwerke zu errichten?

Begründung:

Aufgrund des Fachkräftemangels kommt der Ausbau der Photovoltaik zu langsam voran. Angelehnt an die Schweizer Initiative selbstbauch (<https://selbstbau.ch/>) fördert die Kommune deshalb Eigeninitiativen.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

4. Mobilitätswende in der Kommune

1. Einführung Mobilitätspass

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune, sobald die landesrechtlichen Voraussetzungen vorliegen gemeinsam mit dem Umland einen Mobilitätspass einführt, um den Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu finanzieren?

Begründung:

Sobald der Landesgesetzgeber die rechtlichen Grundlagen zur Einführung einer Nahverkehrsabgabe (Mobilitätspass) geschaffen hat, bieten sich für die Kommunen völlig neue Möglichkeiten, den Ausbau und Betrieb ihres öffentlichen Nahverkehrs unabhängig von den Ticketeinnahmen zu finanzieren.

Zeitschiene:

Sobald das Gesetz da ist, kurzfristig umsetzbar.

2. Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass in Ihrer Kommune flächendeckend die Reduzierung und Bepreisung des Parkraumangebots eingeführt wird?

Begründung:

Die Einführung bzw. Ausdehnung von Anwohnerparkzonen mit verursachergerechter Bepreisung hat bei gleichzeitiger Reduzierung des Parkplatzangebot erhebliche Steuerungswirkung auf das Mobilitätsverhalten. Sie sorgt zudem für kostendeckende Einnahmen für die bisher kostenlose Parkraumbereitstellung.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

3. "Lebenswerte Quartiere"

Forderung/Frage:

Sind Sie für die Erarbeitung einer kommunalen Gesamtkonzeption zur Aufwertung und Umnutzung der Verkehrsräume? Ziel dieser wäre die Bevorrechtigung von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie mehr Grün und mehr Aufenthaltsqualität in der Kommune?

Begründung:

Durch gestalterische Aufwertung, mehr Grün und den Vorrang von selbstaktiver Mobilität steigen Aufenthaltsqualität, die Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen nimmt zu. Kurz um: Die Quartiere werden lebenswerte.

Zeitschiene:

Beginn sofort, Umsetzung mittel- bis langfristig.

4. (Er-)lebenswerte Innenstadt

Forderung/Frage:

Sind Sie für eine autofreie Innenstadt in Ihrer Kommune?

Begründung:

Autofreie Ortsmitten führen zu mehr Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, zu bessere Luft, zu mehr Raum für Lebensqualität und Klimaanpassung. Schließlich führen autofreie Ortsmitten durch mehr Aufenthaltsqualität und entspanntes Zufußgehen auch zur Stärkung des lokalen Einzelhandels und einer erlebbareren/nutzbareren Ortsmitte als Zentrum gesellschaftlicher Aktivitäten.

Zeitschiene:

Beginn sofort, Umsetzung mittel- bis langfristig.

5. Kommunale Konzepte zur Stärkung des Umweltverbundes

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune gemeinsam mit dem Umland qualifizierte Konzepte (z.B.: Klimamobilitätsplan) für den ÖPNV, den Rad- und Fußverkehr (incl. Radschnellwegen) erarbeitet und umsetzt?

Begründung:

Ohne Verkehrswende wird uns der Klimaschutz nicht gelingen. In vielen Kommune bestehen erhebliche Potentiale, den Umweltverbund (öffentlicher Nahverkehr über Radverkehr bis hin zum Fußverkehr) auszubauen. Da hierfür Umfangreiche Planungen nötig sind, fördert das Land z.B. die Erstellung von Klimamobilitätsplänen und Machbarkeitsstudien für Radschnellwege. Dies Konzepte sind dann wiederum Voraussetzung, um für konkrete Ausbaumaßnahmen erhöhte Fördermittel vom Land zu erhalten.

Zeitschiene:

Beginn sofort, Umsetzung mittel- bis langfristig

6. Baum statt Stellplatz

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass jeder zehnte Parkplatz in Ihrer Kommune in ein Baum-Beet umgewandelt wird?

Begründung:

Damit im Sommer die Straßenräume nicht überhitzen, braucht es mehr Bäume zur Abkühlung durch Verschattung und Verdunstung.

Zeitschiene:

Beginn sofort, Umsetzung mittel- bis langfristig

7. Park statt Parkplatz

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass in ihrer Kommune innenstadtnahe Parkplatzflächen zu grünen Parkflächen aufgewertet werden?

Begründung:

Naherholung, Kühlung, Attraktivität, Lebensraum.

Zeitschiene:

Beginn sofort, Umsetzung mittel- bis langfristig.

8. Flächendeckend Tempo 30 innerorts

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass, soweit noch nicht geschehen, Ihre Kommune der Initiative "Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit" beitrifft?

Begründung:

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts (auch auf Bundesstraßen) führt zu mehr Sicherheit, weniger Lärm und Schadstoffen, und erhöht die Lebens- und Aufenthaltsqualität. Die Initiative "Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit" fordert den Verkehrsminister dazu auf den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum zur Temporeduzierung einzuräumen.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

9. Fahrradabstellanlagen ausbauen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass attraktive und moderne Radabstellanlagen im öffentlichen Raum (auch für Lastenräder) erstellt werden?

Begründung:

Zur Förderung des Radverkehrs braucht es bequeme und sichere Radabstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum.

Zeitschiene:

kurz- bis mittelfristig umsetzbar.

5. Stadtentwicklung, wohnen und Flächenverbrauch

1. Eingriffe in die Natur vermeiden!

Forderung/Frage:

Sind sie dafür, dass Ihre Kommune bei Eingriffen konsequent die Hierarchie „Vermeiden – Vermindern – Kompensieren“ berücksichtigt?

Begründung:

Die Eingriffsregelung hat zum Ziel, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes auch außerhalb der besonderen Schutzgebiete zu erhalten. Konsequenter Berücksichtigung der Eingriffs-Hierarchie „Vermeiden – Vermindern – Kompensieren“ und rechtliche Vorgaben hierzu sind nötig. Ein verbindlicher Scoping-Termin auch bei Bebauungsplänen ist geeignet, durch Verminderung des Eingriffs im Vorfeld den anschließenden Kompensationsbedarf zu verringern

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

2. Innen- vor Außenentwicklung

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass sich Ihre Kommune selbstverpflichtet, kein neues Baurecht mehr im Außenbereich zu schaffen?

Begründung:

Innenentwicklung schont das Schutzgut Boden, sichert Naherholung, landwirtschaftliche Produktion und Lebensraum für Flora und Fauna. Innenentwicklung auf bereits erschlossenen Flächen ist zudem deutlich billiger als die Neuerschließung, bei der erst Straßen gebaut, Leitungen und Rohre verlegt werden müssen usw..

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

3. Netto Null Flächenverbrauch

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass in Ihrer Kommune bei städtischen und privaten Bauvorhaben die Vorgabe geschaffen wird, nur dann Fläche zu versiegeln, wenn an andere Stelle in gleichem Umfang entsiegelt wird?

Begründung:

Zwar sind ökologische Funktionen bei Neuversiegelung idR stärker beeinträchtigt als auf entsiegelten und renaturierten Flächen, aber immerhin findet überhaupt eine Kompensation statt.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

4. Strategische Bodenvorratspolitik

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass sich Ihre Kommune zu einer strategischen Bodenvorratspolitik (Verkaufsstopp und strategischer Ankauf) verpflichtet?

Begründung:

Die Kommune kann die Siedlungsentwicklung eigenständig über das Baurecht (Flächennutzungspläne und Bebauungspläne) steuern. Konkreten Einfluss auf die Bebauung und die Nutzung hat sie nur über das Eigentum an Boden. Indem die Kommune Bauland bedarfsgerecht freigibt, kann sie dämpfend auf die Bodenpreisentwicklung einwirken. Gehört ihr der Boden, so kann sie auch stärkeren Einfluss auf die Bebauung und Nutzung nehmen. Geeignete Instrumente hierfür sind das Erbbaurecht, die Konzeptvergabe und städtebauliche Verträge (in denen z.B. 30% Anteil von Sozialwohnungen bei Neubauten festgelegt werden).

Zeitschiene:

Verkaufsstopp kurzfristig. Bodenankauf und Bewirtschaftung: langfristig

5. Nachverdichtung 3.0 - dreifache Innenentwicklung?

Forderung/Frage:

Sind sie dafür, dass nach dem Leitbild „Innen vor Außen“ in Ihrer Kommune nachverdichtet und dabei immer darauf geachtet wird, die ökologische, soziale und ökonomische Funktion des Quartiers zu stärken?

Begründung:

Clever gemachte Nachverdichtung schafft nicht nur mehr Wohnraum, sondern verbessert zudem die ökologischen bzw. klimatischen Gegebenheiten, schafft sozialen und ökonomischen Mehrwert und verbessert die verkehrliche Situation für das ganze Quartier. So wird Nachverdichtung auch zu einem Gewinn für die Nachbar*innen, die sonst oft nur negativ betroffen wären.

Mit dem Voranschreiten der Klimakrise wird es immer wichtiger, die Versorgung von Ballungsräumen mit Frischluft sicherzustellen und damit eine Nachtabkühlung zu gewährleisten. Die entsprechenden Flächen (Frisch- und Kaltluftschneisen) müssen deshalb auch bei Nachverdichtungsprojekten unter besonderen Schutz gestellt werden. Außerdem ist bei Innenverdichtung auf Artenschutz zu achten.

Damit es durch Innenentwicklung und die damit verbunden Aufwertung nicht zu Verdrängung von Bewohner*innen kommt, eignen sich Instrumente wie soziale Erhaltungssatzungen.

Zeitschiene:

mittel- bis langfristig umsetzbar.

6. Nachverdichtung fördern (insbes. Aufstockung)

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Gemeinde ein Förderprogramm zur Nachverdichtung auf den Weg bringt und Nachverdichtungspotenziale systematisch erfasst?

Begründung:

Baulücken und Nachverdichtungspotenziale zu erfassen und transparent darzustellen ist der erste Schritt zur Nachverdichtung.

Aufgrund der häufig komplexen Bestandsituation und den hohen Anforderungen an eine Nachverdichtung 3.0. sind gute Projekte, z.B. Aufstockungen und Baulückenschluss, oft zu teuer für private Bauvorhaben. Die privaten Akteure dabei zu unterstützen, einen Mehrwert für die Allgemeinheit zu schaffen und gleichzeitig Freiflächen zu schonen, ist somit im Interesse des Gemeinwohls gerechtfertigt.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

7. Frisch- bzw. Kaltluftschneisen sichern

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune durch Fortschreibung von Bebauungsplänen oder städtebaulichen Rahmenplänen für die Stärkung von Frisch- und Kaltluftsystemen sorgt?

Begründung:

Durch den menschengemachten Klimawandel und den Wärmeinsel-Effekt von urbanen Verdichtungsräumen steigt die Hitzebelastung der Anwohner*innen. Dies kann wiederum zur Minderung von Arbeitsleistung und persönlicher Gesundheit führen.

Zeitschiene:

mittel-bis langfristig umsetzbar.

8. CO₂-Schattenpreis bei kommunalen Bauvorhaben

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune für alle kommunalen Bauvorhaben einen CO₂-Schattenpreis einführt?

Begründung:

Ein CO₂-Schattenpreis kann dafür sorgen, dass die ökonomische Abwägung von Klimafolgen des Bauens und des Betriebs von Gebäuden schon bei Planung und Beschluss von Bauprojekten einfließt.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

9. Leerstand beleben statt Fläche versiegeln! Leerstandkataster und Zweckentfremdungsverbot

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass, wenn in Ihrer Kommune möglich, eine Zweckentfremdungsverbotssatzung eingeführt wird?

Begründung:

In Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt kann der Gemeinderat eine Zweckentfremdungsverbotssatzung beschließen. Diese Satzung verbietet illegalen Leerstand von Wohnungen und Häusern und stellt diese unter Strafe. Eine systematische Erfassung von Leerstand durch ein Leerstandkataster hilft bei der Kontrolle und schafft Transparenz über illegalen Leerstand. Aus sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ist eine kommunale Strategie zur Belegung von Leerstand immer dem Neubau, besonders auf der grünen Wiese, vorzuziehen.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

10. Sozialen & altersgerechten Wohnraum fördern

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune insbesondere sozialen und altersgerechten Wohnraum fördert?

Begründung:

Auf Grund der Überalterung unserer Gesellschaft wird ein konstruktiver Umgang mit altersgerechtem Wohn- und Pflegeraum nötig.

Steigende Mieten in den Ballungsräumen verlangen bei jeder Entwicklung eine Priorisierung leistbaren Wohnraums.

Geeignete Kommunalinstrumente: Soziale Erhaltungssatzungen; Kauf von Belegungsrechten; Schaffung und Verlängerung von Mietpreisbindung; Priorisierung und Festsetzung von preiswerten Mietwohnungen und Seniorenwohnungen; Beratungsprämie & Umzugsbereitschaft fördern

11. Abrissmoratorium: Erhalt und Sanierung von Bestandsgebäuden vor Abriss

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ein Abrissmoratorium für Ihre eigenen Liegenschaften und bei Planungen von Investor*innen beschließt?

Begründung:

Durch ein Abrissmoratorium wird die in der Gebäudesubstanz gespeicherte graue Energie bewahrt und weiterverwendet. Außerdem wird der Bedarf an energieintensiven und klimaschädlichen Baustoffen wie Beton und Stahl vermindert. Statt Abriss fördert es die Etablierung von Infrastrukturen für die Wiederverwendung von Bauteilen. In der zirkulären Stadt bedarf es schließlich keiner Deponie mehr.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

6. Klimaanpassung bzw. Grün und Wasser in der Kommune

1. Stadtbäume- schützen, erhalten und nachpflanzen!

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ein stadtweites Konzept zum Schutz, für den Erhalt und zur Nachpflanzung von Stadtbäumen erstellt, umsetzt und kontrolliert?

Begründung:

Alte Stadtbäume spenden Schatten, sorgen für Abkühlung der Umgebung, fördern Wohlbefinden, machen Natur in der Stadt erlebbar und sind Lebensraum für zahlreiche Tierarten. Deswegen braucht es ein Konzept für den Erhalt von Stadtbäumen und deren fachgerechte Pflege und Bewässerung. Außerdem ist es nötig, mehr Platz für Bäume in Bebauungsplänen einzuplanen, auch um vor allem Standorte für Altbäume vor Bebauung zu schützen.

Eine Baumschutzsatzung (auch im Außenbereich) dient dem Schutz von Stadtbäumen. Ein öffentlich einsehbares Baumkataster der Transparenz.

Bei nicht vermeidbaren Fällaktionen von Stadtbäumen ist auf eine zügige, passende und ausreichende Nachpflanzung zu achten:

- Der Standort der Nachpflanzungen spielt eine entscheidende Rolle. Wird dem Baum beispielsweise nicht genug Platz zur Ausbildung seiner Wurzeln gegeben, kann sich dieser, egal wie angepasst, nicht zu einem alten und wertvollen Baum entwickeln. Stressoren müssen deshalb verringert und die Bewässerung mitgedacht werden.
- Bundesweit werden mehr Stadtbäume gefällt als nachgepflanzt werden. Für jeden großkronigen/alten Baum, der gefällt wird, sollten mindestens fünf neue nachgepflanzt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass in ein paar Jahrzehnten erneut ein alter Baum entsteht, der einen ansatzweise ähnlichen Effekt für das Stadtklima und die biologische Vielfalt haben wird.
- Es müssen resiliente, einheimische Baumarten gepflanzt werden. Außerdem muss bei der Auswahl der Baumarten auf den Biodiversitätsindex (Nutzen der Baumart für heimische Tierarten) geachtet werden.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

2. Schwammstadt umsetzen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ein Konzept nach dem Leitbild einer Schwammstadt (Versickerung / Speicherung/ Grundwasserneubildung) erstellt und umsetzt?

Begründung:

Angeichts immer stärkerer Wetterphänomene wird ein Ausgleich zwischen feuchten und trockenen Phasen bedeutsamer. Die Kommune vermindert mit Versickerungsflächen nicht nur das Hochwasserrisiko, sie trägt auch aktiv zur Grundwasserneubildung und zur Abkühlung bei.

Zeitschiene:

mittelfristig umsetzbar.

3. Klimaanpassungskonzept erstellen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ein Konzept zur gesamtstädtischen Klimaanpassung erarbeitet und dieses konsequent umsetzt?

Begründung:

Laut Weltklimarat IPCC steuert die Menschheit auf eine Erderwärmung von 3,2° Kelvin gegenüber der vorindustriellen Zeit zu. Auch wenn es gelingen sollte, die Emissionen stark zu senken, wird Baden-Württemberg, wie schon in der Vergangenheit, deutlich betroffen sein. Ein Konzept zur Klimaanpassung schützt besonders vulnerable Gruppen und gefährdete Infrastruktur.

Zeitschiene:

langfristig umsetzbar.

4. Konzept gegen Wasserknappheit

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ein Konzept gegen Wasserknappheit erarbeitet und umsetzt?

Begründung:

Mit zunehmendem Klimawandel wird Wasserknappheit auch in Baden-Württemberg zu einem Thema. In besonderen Belastungssituationen müssen die Kommunen die Wassernutzung

priorisieren. Das kann auch ein Verbot von Wasserentnahmen und Rasenbewässerung sowie ein Befüllungsverbot von privaten Pools enthalten.

Unabhängig davon ist es notwendig, die heutigen Wasserentnahme z.B. von Seiten Landwirtschaft und Industrie aus Flüssen und Grundwasser transparenter zu machen.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

5. Hochwassermanagementkonzept erstellen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune ein Konzept zum Hochwassermanagement erstellt und umsetzt?

Begründung:

Angesichts eines immer größeren Risikos für Starkregenereignisse ist es zentral, Vorsorge zu treffen. Hierfür ist ein Hochwassermanagementkonzept das zentrale Instrument. Dieses muss aber nicht nur geschrieben, sondern auch umgesetzt werden.

Zeitschiene:

Konzept kurzfristig, Maßnahmen langfristig umsetzbar.
kurzfristig umsetzbar.

6. Tröpfchenbewässerung einführen

Forderung/Frage:

Sind sie dafür, dass Ihre Kommune ihre Bewässerungsmethode nach Möglichkeit auf Tröpfchenbewässerung umstellt?

Begründung:

Durch zielgerichtete Bewässerung können in Landwirtschaft und Gartenbau große Wassermengen gespart werden.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

7. Schottergärtenverbot umsetzen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune konsequent gegen illegale Schottergärten vorgeht?

Begründung:

Schottergärten sind nach §21a NatSchG (Naturschutzgesetz Baden-Württemberg) verboten. Für die Umsetzung des Verbotes sind jedoch die kommunalen Baurechtsbehörden zuständig. Ökologisch betrachtet sind Schottergärten eine Katastrophe. Sie werden so angelegt, dass jegliches Leben von dort ferngehalten wird. Gerade im urbanen Raum sollte aber ein wertvolles Mosaik aus ganz verschiedenen Lebensräumen für Pflanzen und Tiere vorhanden sein. Naturnahe Gärten fördern Biodiversität im städtischen Bereich. Das zweite Problem der Schottergärten ist, dass sie die ohnehin schon überhitzte Stadt weiter anheizen. Ein naturnaher Garten könnte hingegen für etwas Abkühlung sorgen. (Siehe auch BUNDWerkzeug zum Biodiv-Gesetz)

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

8. Gewässerschauen als kommunale Bringschuld (alle 5 Jahre)

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune alle fünf Jahre eine öffentliche Gewässerschau veranstaltet?

Begründung:

Kommunen sind verpflichtet, alle fünf Jahre Gewässerschauen zur Qualitätssicherung ihrer Gewässer durchzuführen. Oft finden diese aber nicht statt oder werden nicht öffentlich Bekanntgegeben. Solche Gewässerschauen sind jedoch für Naturschutzverbände eine gute Gelegenheit, sich über den Zustand der kommunalen Gewässer einen Überblick zu verschaffen.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

9. Förderprogramm und Satzung zu Verpflichtung von Dach- und Fassadenbegrünung

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune bei allen (innerstädtischen) Neubauten und Umbauvorhaben, die einer Baugenehmigung bedürfen, einen verpflichtenden Anteil von Dach und Fassadenbegrünung vorschreibt (z.B. über eine Gestaltungssatzung)?

Begründung:

Fassaden und Dachbegrünung sind ein wertvoller Beitrag für den Artenschutz und können je nach Umsetzung einen Beitrag (Schatten, Abkühlung und Wasserspeicherung etc.) zur Klimaanpassung leisten. Um soziale Härten und steigende Mieten zu verhindern, ist ein städtischen Förderprogramm ratsam. Es schafft überall da, wo rechtlich keine Verpflichtung möglich ist, Anreize zur Begrünung.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

10. Alles im Fluss

Forderung/Frage:

Sind sie dafür, dass sich Ihre Kommune für die Renaturierung und Öffnung von (innerstädtischen) Fließgewässern sorgt?

Begründung:

In vielen Kommunen sind Fließgewässer verdolt oder verbaut. Offenlegung und Renaturierung sind gut für Natur und Artenschutz. Eingebunden in Schwammstadtkonzepte helfen sie bei Bewässerung und gegen Hochwasser.

Zeitschiene:

mittel- bis langfristig umsetzbar.

7. Fairtrade, lokale Agenda und Suffizienz in der Kommune

1. Regenwasser- bzw. Abwassergebühren anheben

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune die Regenwasser- bzw. Abwassergebühr anhebt?

Begründung:

Je höher die Flächenversiegelung und je weniger Retentionsflächen es gibt, desto höher sind die Regenwasser- bzw. Abwassergebühren. Dadurch soll ein finanzieller Anreiz zur Entsiegelung und Begrünung der eigenen Flächen geschaffen werden. Aus sozialen Gründen ist hier auf einen Ausgleich zu achten. Z.B. sollten bei erhaltenen Fördergeldern für Entsiegelungsmaßnahmen keine Kosten auf die Miete umgelegt werden dürfen.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

2. Sozialtarife für energetischen Sockelverbrauch

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune über die Stadtwerke (wenn vorhanden) einen Sozialtarif für den Energiebezug einführt?

Begründung:

Insbesondere finanziell ärmere Schichten leiden unter steigenden Energiekosten. Abfedern können dies Stadtwerke, indem sie für einen limitierten Grundverbrauch an Gas, Strom und Wärme einen reduzierten Preis verlangen. Am besten wäre es natürlich, wenn es sich dabei um Biogas- und Ökostrom-Tarife handelt.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

3. Regionales und saisonales Bioessen in öffentlichen Kantinen

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune für alle Essen in städtischen Institutionen (Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Rathäuser etc.) einen Mindestanteil von 75% bio- und regional in der Essenversorgung vorschreibt?

Begründung:

Unsere Ernährung hat einen erheblichen Einfluss auf unseren ökologischen Rucksack. Deswegen ist es wichtig, dass die Kommunen in ihren Institutionen mit gutem Beispiel vorangehen. Vorsicht: Hier muss bei Ausschreibung und Vergabe an Cateringunternehmen auf die rechtlichen (EU- Recht) Rahmenbedingungen geachtet werden. Bei kommunaler Essensversorgung in Eigenregie fällt die Umsetzung leichter.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

4. Recyclingpapier-Quote

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune Ihre kommunalen Beschaffungskriterien so ändert, dass eine verbindliche Quote von Recyclingpapier in der Verwaltung umgesetzt werden kann?

Begründung:

40% des globalen Holzeinschlags finden für Papiererzeugung statt. Die Naturzerstörung passiert also in anderen Ländern und wird zu uns importiert. Recyclingpapier dagegen bedeutet eine bessere Ökobilanz (CO₂/Energie/Wasser).

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

5. Fairtrade-Kommune

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass sich Ihre Kommune als Fairtrade-Kommune selbstverpflichtet?

Begründung:

Eine ökologisch und sozial ausgerichtete Beschaffung und Vergabe seitens der Kommune bringt viele Vorteile. Die Kommune nimmt dadurch auch eine Vorbildfunktion für den privaten Konsum ein. Kommunale Beschaffungskriterien für Fairtrade sollten so ausformuliert werden, dass dort wo rechtlich möglich, auch auf verbaute Materialien und Löhne von Sub-Sub-Unternehmen Bezug genommen wird.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

6. Silvesterfeuerwerk

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune dort, wo es rechtlich möglich ist, privates Feuerwerk verbietet und stattdessen z.B.: ein zentrales Feuerwerk durch die Gemeinde organisiert?

Begründung:

Minderung der Beunruhigung von Wild und Haustieren, Vermeidung von Müll und Feinstaub, Förderung des kommunalen Zusammenhalts durch zentral organisiertes Feuerwerk.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

7. Foodsharing-Kommune

Forderung/Frage:

Sind Sie dafür, dass Ihre Kommune lokale Foodsharing-Initiativen mit Standorten und Förderung unterstützt?

Begründung:

Lebensmittelverschwendung ist ein ernsthaftes Problem. Foodsharing ist eine gute Methode, dies zu mildern. Allerdings ist es nötig, die ehrenamtlichen Initiativen zu fördern und mit geeigneten Verteiler-Standorten z.B.: für gut zugängliche Lebensmittel-(Kühl-)schränke in kommunalen Gebäuden zu unterstützen.

Zeitschiene:

kurzfristig umsetzbar.

8. Themespeicher für weiter nicht konkretisierte Forderungen

- 1. Umwelt- und Naturschutzbildung fördern**
- 2. Priorisierung und Budgetverteilung für Klima- und Artenschutzmaßnahmen im Kommunalhaushalt**
- 3. Nachhaltigkeit als Grundprinzip kommunalen Handelns einführen**
- 4. Intersektionale Ebene und soziale Einflüsse prüfen und einbeziehen**